

Der Offene Brief wurde am 30. März 2010 an folgende Adressen geschickt:

An die Stadt Karlsruhe und Gemeinderäte
An die Stadt Baden-Baden und Gemeinderäte
An die Stadt Bühl und Gemeinderäte
An die Stadt Rheinau und Gemeinderäte
An die Gemeinden Hügelshem und Rheinmünster
An den Kreistag des Landkreises Karlsruhe
An den Kreistag des Landkreises Rastatt
An die Flughafen Stuttgart GmbH
An das Land Baden-Württemberg und an die Landtagsabgeordneten

Zur Kenntnis

An die Landtagsfraktionen der CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben die Form des Offenen Briefes deshalb gewählt, da die unten beschriebenen Vorgänge nicht nur alleine den Baden-Airpark selber betreffen, sondern mittlerweile zu einer öffentlichen Diskussion geführt haben.

Wir gehen davon aus, dass Sie als Beteiligte der Baden-Airpark GmbH, Kenntnisse über die (un)regelmäßigen Charterabschiebungen haben. „Immer dienstags starten die Maschinen in den Kosovo“, schreibt die Backnanger Kreiszeitung am 30.12.2009. Damit ist der zweite Dienstag im Monat gemeint. Seit Oktober 2009 wieder regelmäßig.

Damit bereichert sich der Baden-Airpark am schmutzigen Geschäft der Abschiebungen und dies offensichtlich schon seit mehr als zehn Jahren. Das Interessante dabei ist, dass das Land Baden-Württemberg gleichzeitig Abschiebebehörde und Teilhaberin ¹ am Baden-Airpark ist, und an jedem Abschiebecharter ebenfalls mitverdient. Abschiebecharter sind nicht kostenfrei und werden oft auch von den Betroffenen mit bezahlt. Jeder Start und jede Landung kosten Geld. Ebenfalls muss ein Mietvertrag oder dergleichen für die Benutzung des alten Terminals am Airpark der als „Abschiebe-Terminal“ benutzt wird, existieren. Auch die Bezahlung der

¹ Die Baden-Airpark GmbH gehört zu 34,17 % der Baden-Airpark Beteiligungs-GmbH an welcher folgende Städte und Landkreise beteiligt sind: Stadt Karlsruhe 44 %, Stadt Baden-Baden 15 %, Stadt Bühl 4 %, Stadt Rheinau 1 %, Gemeinde Hügelshem 5 %, Gemeinde Rheinmünster 5 %, Landkreis Karlsruhe 13 % und Landkreis Rastatt 13 %. Der Rest, also 65,83% gehört einer Tochtergesellschaft der Flughafen Stuttgart GmbH, welche wiederum zu jeweils 50 % der Stadt Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg gehört.

Beschäftigten, die sich indirekt an der Abschiebeaktion beteiligen (Gepäcktransport, Flughafenbus, Hausmeister etc.) muss finanziert werden. Verfügen die Betroffenen über Geldmittel oder vermögenswerte Gegenstände, so werden diese gegen Quittung von den entsprechenden Ausländerbehörde zur Finanzierung der Abschiebung eingezogen.

Von 2007 bis 2009 wurden über den Baden-Airpark insgesamt 1.031 Personen abgeschoben. Nun ist zu befürchten, dass durch das Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo die Zahl der Abschiebungen sich noch weiter erhöhen wird. Das ist auch deshalb zu befürchten, da die „aufenthaltsbeendenden Maßnahmen“ für die südlichen Bundesländer zentral durch das Regierungspräsidium Karlsruhe über den Baden-Airpark organisiert und durchgeführt werden.

Die Abschiebungen sind Ausdruck einer fragwürdigen politischen Beschlusslage und Verwaltungspraxis in Bund und Länder. So wurden und werden über den Baden-Airpark Menschen nach mehreren Aufenthaltsjahren, oft auch mit polizeilicher Gewalt in die Perspektivlosigkeit abgeschoben. Unter den Betroffenen sind viele Jugendliche und Kinder, auch Kinder die in der Bundesrepublik geboren sind und teilweise schon lange hier leben.

Zahlreiche kritische Presseberichte der letzten zehn Jahren, dokumentieren die unverhältnismäßigen Polizeieinsätze bei Abschiebungen und damit auch die restriktive teilweise menschenverachtende Exekution der Flüchtlingspolitik.

Wir möchten vier Beispiele stellvertretend anführen:

„Laut Polizeidirektion verlief die Abschiebung ‚ohne Probleme‘. Dies wohl auch wegen ‚starker Polizeikräfte‘, so Pressesprecher Biewald, die zwischen 1 und 2 Uhr (nachts) den Auszug der Asylbewerber begleiten“ (...) Abgeschoben wurde eine siebenköpfige Familie. „Die abgeschobenen Jugoslawen wurden zum Baden-Airport nach Söllingen bei Karlsruhe gebracht, von dort nach Belgrad geflogen“, so die Badische Zeitung vom 30. Oktober 2002.

„An diesem Tag geht es bei der Abschiebung um rund 50 Ashkali, Angehörige einer ethnischen Minderheit auf dem Balkan, dazu einige Roma und Albaner, die die Polizei zwischen 4 und 5 Uhr morgens aus dem Schlaf gerissen hat, ihnen 30 Minuten zum Packen der nötigsten Habseligkeiten gab, manchen vorsichtshalber Handschellen anlegte – und in Polizeiautos zum Flughafen Baden-Baden transportierte. Ihre Reaktion: Tränen, Wut und Unverständnis.“ schreibt Spiegel online am 5. November 2006.

„Frau Afertida L. ist mit ihren beiden fünf und neun Jahre alten Jungen in der Nacht zum 6. November 2007 mit massivem Polizeieinsatz aus ihrer Wohnung in Welzheim geholt worden und wurde mit ihren Kindern in den Kosovo abgeschoben.“ (...)„Das Regierungspräsidium Stuttgart beauftragte die Polizeidirektion Waiblingen mit der Abschiebung der Familie L. Die polizeilichen Maßnahmen erfolgten gemäß den Vorgaben des Regierungspräsidiums am 6. November 2007 ab 3.30 Uhr. Dieser Einsatzzeitpunkt war aufgrund des vorgesehenen Abflugs um 10.30 Uhr vom Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden erforderlich.“
Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 14 / 2171

„Wenn sie in der Stadt ein Polizeiauto sieht, wird sie blass und fängt an zu zittern. „Von Montag auf Dienstag findet sie keinen Schlaf“, erzählt ihr 34-jähriger Partner Vase Angelov, der aus Mazedonien stammt. Jedes Auto draußen versetze sie in Angst und Schrecken. Dienstags starten nämlich die Maschinen vom Baden Airport in Söllingen aus in den Kosovo. Seit ihre 55-jährige Nachbarin im Oktober abgeholt wurde, hat sich das gefürchtete Ereignis als Bild in die Köpfe der

Familie eingebrannt. „Sehr viele Polizisten sind die Treppe herauf- und hinab getrampelt, da hat das Haus gewackelt“, berichtet Angelov noch sichtlich geschockt. Vier Autos seien vorgefahren, um eine einzelne Frau abzuholen.“ Backnanger Kreiszeitung 30. Dezember 2009

„Ungefähr 235'000 SerblInnen, Roma und andere Minderheitenangehörige flohen am Ende des Krieges, die Mehrheit nach Serbien. Im Jahr 2004 wurden erneut 4200 Minderheitsangehörige vertrieben.“²

Etwa 35.000 leben schon lange Jahre, manche über 10 Jahre, in Deutschland. 15.000 davon, darunter über 10.000 Angehörige der Minderheiten der Roma sollen nun abgeschoben werden, darunter eine sehr große Zahl Kinder und Jugendliche. Warum jetzt die albanische Mehrheit ein Interesse an einer Rückkehr derer, die von ihnen selber vertrieben wurden, haben sollte, bleibt ein politisches Rätsel.

„Auch der Regierung ist klar, dass eine Massenrückkehr sowohl Politik als auch Gesellschaft überlasten würde, zumal die Aufnahmekapazitäten der Roma-Siedlungen das gar nicht hergeben würden. Allgemein wird damit gerechnet, dass größere Zahlen von Roma den Kosovo wieder verlassen würden.“³ Die Expertengruppe des Europarats verlangte am 1. Juli 2009, dass keine Situation einer zweiten Vertreibung geschaffen werden darf, indem Kosovo-Roma in andere Regionen Südosteuropas zurückgeführt werden. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, zu überwachen, dass jegliche Rückkehr nur auf der Basis von Freiwilligkeit und in Übereinstimmung mit der Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrats geschieht.⁴

In der UN Resolution 1244 steht unter Anlage II und dort unter Punkt 7:

„Sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen unter der Aufsicht des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und ungehinderter Zugang zum Kosovo für humanitäre Hilfsorganisationen.“

Wir als Koordinationsgruppe, die die Demonstration am 8. Mai 2010 in Karlsruhe gegen den „Deportation Baden-Airpark“ vorbereitet - der Aufruf zur Demonstration wird mittlerweile von über 50 Gruppen, Organisationen und NGO's aus verschiedenen Bundesländern unterstützt - vertreten mit der Forderung „Wer bleiben will, soll bleiben“ die gleiche Aussage. Der Begriff „Deportation“ kommt aus dem englischen und steht für Abschiebung.

In unzähligen Berichten wird die aktuelle Situation im Kosovo so beschrieben, dass eine Rückkehr von Roma und anderen Minderheiten zurzeit keine Zukunft hat, doch die konservativen Hardliner in Politik und Verwaltung kümmert das nicht. Sie praktizieren das Prinzip der europäischen Abschottung im Innern der BRD und schaffen eine neue Qualität der Menschenverachtung. Dass dabei nicht einzelne sondern eine ganze Gruppe abgeschoben werden soll, interessiert sie nicht. Dass es über 10.000 Angehörige einer Gruppe trifft, deren Angehörige im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, kümmert sie nicht. Über

² Schweizerische Flüchtlingshilfe in ihrem Bericht im Oktober 2009.

³ Schweizerische Flüchtlingshilfe in ihrem Bericht im Oktober 2009

⁴ Quelle: www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=76&Itemid=

500.000 Roma und Sinti wurden unter der Nazi-Herrschaft in Europa ermordet. Wo bleibt die historische Verantwortung als Nachfolgestaat Nazideutschlands? Konsequenter wäre es, den Roma ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu geben, anstatt sie in den Kosovo abschieben zu wollen.

Der Baden-Airpark kann sich, nachdem er sich seit 10 Jahren aktiv an den Abschiebungen beteiligt, ebenfalls nicht aus der Verantwortung stellen. Es sind miese Geschäfte, mit denen Menschen aus einem sicheren Lebensumfeld gewaltsam und gegen ihren Willen aus der BRD entfernt werden. Menschen, die lange Jahre hier Aufenthalt hatten, die im Krieg Angehörige und auch Eigentum verloren haben. Menschen, die noch immer traumatisiert sind, und Kinder, die in der Bundesrepublik Deutschland zu Hause sind. Aus allen Landesteilen werden Menschen in Polizeitransportern in den alten Terminal, abgeschottet vom normalen Flugbetrieb gebracht. Manche in Handschellen. Bewacht von der Polizei müssen die Menschen auch Kinder teilweise stundenlang im alten Terminal ausharren. Dann werden sie mit einem Baden-Airpark Gelenkbus zum Abschiebecharter gefahren. Dort dürfen sie nur unter strenger Kontrolle der Polizei das Flugzeug besteigen.

Der Werbeslogan des Baden-Airparks „*Besser kommen Sie nicht weg!*“, klingt in diesem Zusammenhang besonders zynisch.

Wir fordern Sie als Beteiligte an der Baden-Airpark GmbH auf, alles zu unternehmen, damit keine weiteren Charterabschiebungen mehr stattfinden und die Menschenrechte in vollem Umfang respektiert werden.

Koordinationsgruppe
zur Vorbereitung der Demonstration am 8. Mai 2010,
Karlsruhe, Friedrichsplatz, 14.00 Uhr
Kampagne gegen Abschiebungen vom Baden-Airpark